



Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher e.V.



Deutsche Säge- und Holzindustrie
www.saegeindustrie.de



FORDERUNGSPAPIER

zum

Parlamentarischen Abend der Forst- und Holzwirtschaft

*„Wald und Holz in der Bundespolitik.
Schon viel erreicht, noch viel steht an.“*

Philipp Freiherr zu Guttenberg
Präsident – AGDW
Die Waldeigentümer e.V.

Leonhard Nossol
Präsident – AGR
Arbeitsgemeinschaft
Rohholzverbraucher e.V.

Dr. Jan Bergmann
Präsident – VHI
Verband der Deutschen
Holzwerkstoffindustrie e.V.

Dr. Uwe Pihl
Vorsitzender – DHG
Düngekalk-Hauptgemeinschaft

Carsten Doehring
Präsident – DeSH
Deutsche Säge- und Holzindustrie
Bundesverband e.V.

Jürgen Klatt
Vorstandsvorsitzender – GD Holz
Gesamtverband Deutscher
Holzhandel e.V.



1. „Marshallplan“ für den Wald

Strukturförderprogramm für den Kleinprivatwald zur Etablierung kartellrechtskonformer Strukturen.

2. Ökosystemleistungen angemessen vergüten

Der multifunktional nachhaltig bewirtschaftete Wald liefert der Gesellschaft zahlreiche Leistungen, die bisher keine Vergütung erfuhren. Mit zunehmendem Nutzungsdruck durch die Bevölkerung ist dies nicht akzeptabel.

3. Vertragsnaturschutz vor Ordnungsrecht

Rechtliche und finanzielle Klärung der Grundlagen für den Vertragsnaturschutz.



1. Anerkennung der positiven Wirkungen der Bodenschutzkalkung

Grundsätzliche und faire Anerkennung der positiven Wirkungen der Bodenschutzkalkung.

2. Verstärkte, nachhaltige Förderung der Bodenschutzkalkung

Unterstützung und Förderung der Waldkalkung auf Bundes-, Landes- und Europäischer Ebene. In allen Bundesländern soll eine bedarfsgerechte und kontinuierliche Realisierung von Bodenschutzkalkungen erfolgen.

3. Bürokratieabbau bei Förderanträgen und Ausschreibungen

Einfachere Beantragung von Fördergeldern, Ausschreibungen und weniger Bürokratie bei Umsetzung und Kontrolle von Bodenschutzkalkungen.



Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher e.V.

1. Holzaufkommen

aus leistungsfähigen, stabilen und nachhaltig bewirtschafteten Wäldern sichern.

2. Sekundärrohstoff-Menge

durch eine vermehrte Kaskadennutzung und eine konsequentere Kreislaufwirtschaft erhöhen.

3. Waldnaturschutz

zur Sicherung der Biodiversität ressourceneffizient umsetzen.



Deutsche Säge- und Holzindustrie
www.saegeindustrie.de

1. Nachhaltige Wertschöpfung in den Ländlichen Regionen stärken

Verantwortungsvolle Holzverwendung sicherstellen.

Effiziente Holzenergie als Energie der ländlichen Regionen erhalten.

Attraktive Rahmenbedingungen und Infrastruktur für die Menschen schaffen.

2. Potenzial von Holz für den Klimaschutz heben

Bewährte Ressourcenkreisläufe ausbauen. Wettbewerbsverzerrungen vermeiden und EU-Vorgaben 1:1 in Deutschland umsetzen.

Forschung und Entwicklung unterstützen.

3. Holzbau als Lösung für Urbanisierung und Wohnraumbedarf nutzen

Holz mit anderen Baumaterialien gesetzlich gleichstellen.

Rahmenbedingungen für Aufstockungen und Nachverdichtungen schaffen.

Öffentliche Hand als Vorreiter beim Holzbau etablieren.



1. Potenziale der Holzwirtschaft konsequent erschließen

Klimaschutz und Ressourcenschonung durch vermehrte Holzverwendung voranbringen.
Bauen mit Holz vereinfachen und Kaskadennutzung fördern.

2. Deutschland als Standort der Holzwerkstoffindustrie stärken

Keine Diskriminierung im nationalen Wettbewerb und keine Wettbewerbsverzerrungen in Europa zulassen.
Anreize für Innovationen und Ausbildung in der Holzwirtschaft schaffen.

3. Vorteile der Holzverwendung kommunizieren

Informationsmaterial bereitstellen, Dialog mit Gesellschaft aufbauen und öffentliche Leuchtturmprojekte umsetzen.



1. Weltweit freier Handel mit Holz und Holzprodukten

ausschließlich aus legalen und nachhaltig genutzten Wäldern, ohne tarifäre oder nichttarifäre Handelshemmnisse.

2. Förderung des nachhaltigen Bauens mit Holz

im ländlichen Raum und insbesondere in der innerstädtischen Verdichtung als Beitrag zum Klimaschutz – mehrgeschossigen Holzbau stärker etablieren.

3. Mehr Sensibilität des Gesetzgebers bei Vorschriften und Regelungen,

die zu einem hohen bürokratischen Aufwand führen - der Mittelstand braucht weniger Bürokratie und mehr E-Government.